

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gefaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gefaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Früchte der kommunistischen Putzpolitik.

Wenn theoretische, wissenschaftliche Erwägungen es nicht vermochten, einem großen Teil der Arbeiterschaft den Unterschied zwischen revolutionärer Politik und Putzpolitik klarzumachen, so müssen die traurigen Vorgänge, die sich jetzt in weiten Gebieten Deutschlands abspielen, auch dem Blindesten die Augen geöffnet haben, welcher Unterschied zwischen diesen beiden Methoden besteht, und daß nur die eine den Sozialismus, die andre nur den Triumph der Reaktion herbeiführen kann. Das Furchtbare ist, daß der Weg zur Erkenntnis nur über einen Berg von Leichen unserer Arbeitsbrüder, über Trümmer und Ruinen, über eine Schwächung des Proletariats und eine Stärkung der Reaktion gehen kann. Aber daß der Weg ein so qualvoller werden muß, war seit dem Tage, da es den Putzisten gelang, einen Teil der auf dem Boden der revolutionären Politik der U.S.P. stehenden Arbeiter zu sich herüberzuziehen, vorauszusehen gewesen.

Es ist eine Genugtuung, über die wir uns wahrhaftig nicht freuen dürfen, daß alles das fast buchstäblich eingetroffen ist, was wir, stehend auf unserer marxistischen Erkenntnis der geschichtlichen Vorgänge, damals vorausgesagt haben: daß die kommunistische Partei, um den neuhinzugekommenen Anhängern ihre Daseinsberechtigung zu demonstrieren, ihre alte, zeitweilig bereits verlassene Putzpolitik wieder werde aufnehmen müssen und daß andererseits die Verschärfung des wirtschaftlichen Elends des Proletariats, die im Gefolge der Weltwirtschaftskrise für den Anfang dieses Jahres vorausgesehen war, die psychologische Voraussetzung für eine solche Wahnsinnspolitik schaffen würde.

Beides ist eingetroffen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft hat sich von Monat zu Monat verschlechtert. Not und Elend sind aufs höchste gestiegen. Die Arbeitslosenlöhne schwellen unaufhörlich an, fast eine halbe Million Arbeiter mit ihren Familien müssen sich mit der für das heutige Preisniveau lächerlich geringen Arbeitslosenunterstützung begnügen, mindestens einem ebenso großen Prozentsatz der Arbeiterschaft wird, obwohl auch er arbeitslos ist, selbst diese Unterstützung versagt, ein noch größerer Teil der Arbeiterschaft arbeitet mit verkürzter Arbeitszeit und mit verkürzten Löhnen. Aber selbst die vollbeschäftigten Arbeiter müssen sich mit Löhnen begnügen, die tief unter dem Existenzminimum liegen und haben schwer unter der Steuerlast zu tragen. Aber nicht genug damit, kauft die ganze Politik der bürgerlichen Parteien darauf hinaus, zugunsten der Bourgeoisie immer schwerere Lasten auf die Schultern des Proletariats zu wälzen, und die Arbeiterparteien sind heute weniger denn je imstande, dieser Politik erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen.

Was Wunder, daß sich der Arbeiter immer mehr Erbitterung über dieses Treiben der Kapitalisten und Verzwweiflung über ihre wirtschaftliche Lage bemächtigt und sie sich von dem furchtbaren Druck, der auf ihnen lastet, mit allen Mitteln zu befreien suchen. Welcher Arbeiter, ja welcher fühlende Mensch könnte es nicht verstehen, daß sich die angehäufte Erbitterung und Verzwweiflung in gewaltigen Eruptionen Luft macht. Aber was historisch und menschlich zu verstehen ist, darf deshalb noch lange nicht gebilligt und fatalistisch hingenommen werden. Das ist ja die große, befreiende Tat von Karl Marx gewesen! Wie der klug überlegende Tugendkrieger die gewaltige Kraft des von den Bergen herabstürzenden Wassers, die sich in ihrer wilden, elementaren Wucht nutzlos vergeudet, nutzbar macht, indem er sie in geordnete Bahnen lenkt, so lehrt der Marxismus uns die sich in nutzlosen Verzwweiflungsakten und Putzungen vergeudende Kraft des Proletariats durch planvolle, systematischen, organisierten Kampf der revolutionären Sache nutzbar zu machen. Freilich zeigt uns die letzte Vergangenheit und Gegenwart: je größer die Not, desto schwerer wird es, diesen einzig gangbaren Weg der revolutionären Politik zu gehen, desto größer die Gefahr des Rückfalles in die längst schon überwundene und als nutzlos erkannte putzistische Taktik. Dieses Geich hat die kommunistische Bewegung erzeugt, ihr unaufhörlich Nahrung zugeführt und mit eiserner Konsequenz zu jenen Ereignissen geführt, die wir wohl verstehen können, aber aufs schärfste derurteilen müssen, weil sie der Sache des Proletariats den schwersten Schaden zuzufügen geeignet sind.

Es besteht in Deutschland eine Arbeiterpartei, deren revolutionäre Gesinnung und Entschlossenheit über allen Zweifel erhaben ist: das ist die U.S.P., die sich in jenem Augenblick hatte bilden müssen, als die alte sozialdemokratische Partei in das nationalsozialistische und reformistische Fahrwasser einlenkte und bewußt und offen die revolutionäre Politik aufgab. Wenn der revolutionäre Standpunkt der U.S.P. noch nicht in einer Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung zur Auswirkung gekommen ist, so trägt daran die unrevolutionäre Gesinnung eines großen Teils der Arbeiterschaft mit schuld, ohne den der Entscheidungsschritt mit der Bourgeoisie nicht erfolgreich geführt werden kann, unsere Partei aber trifft daran nicht die geringste Schuld, wie der Verlauf der Novemberrevolution aufs deutlichste gezeigt hat.

Da die U.S.P. eine wahrhaft revolutionäre sozialistische Politik verfolgt, ist die Existenz einer weiteren angeblich revolutionären Arbeiterpartei vollkommen überflüssig und unberechtigt. Will sie erfolgreich für die revolutionäre Sache des Proletariats wirken, so kann sie keine andre Politik verfolgen als die unsrige — und eine Zeitlang schien die K.P.D. tatsächlich zu dieser Erkenntnis kommen zu wollen —; in diesem Fall würde aber das Verbrechen der Spaltung, das in Halle verübt wurde, zu offenbar werden. Es bleibt also dieser Partei nichts andres übrig, als sich von der revolutionären Politik der U.S.P. loszusagen und, um die immer ungestümmer werdende Sehnsucht der neugewonnenen Anhänger nach der Revolution zu befriedigen, die „revolutionäre Situation“, die in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen selbst augenblicklich nicht begründet ist, künstlich herbeizuführen, künstlich eine revolutionäre Atmosphäre zu erzeugen und das Proletariat zum Loschlagen im falschen Augenblick anzustacheln.

Das ist in der Tat die Taktik der K.P.D. seit der Spaltung gewesen. Von Tag zu Tag wurde ihr revolutionärer Zungenbeschlag kräftiger, eine unsinnige Parole löste die andre ab, planmäßig steuerte sie dem Putz zu, bis sie die Gefangene ihrer eigenen Politik wurde und, ob sie es wollte oder nicht, eines Tages, und sei es auch der ungeeignetste, loschlagen mußte. Zu diesen schweren Fehlern der kommunistischen Politik, die, wie gezeigt, in ihrem Wesen begründet liegen, ist ihr überhaupt erst eine „Daseinsberechtigung“ geben, tritt aber ein noch schwererer, vor dem wir vor der Spaltung mit Recht unaufhörlich gewarnt haben: das ist die Abhängigkeit von einem außerhalb des deutschen Proletariats liegenden Faktors, der nicht nur die Bedingungen und Notwendigkeiten unseres Kampfes nicht kennt, nicht berücksichtigen kann, weil er seine Politik nach seinen eigenen Bedürfnissen einstellen muß. Daß wir die russische Revolution nicht im Stich lassen dürfen und sie gegen die internationale Reaktion verteidigen müssen, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Proletariats. Daß dies aber so weit gehen müsse, daß wir unsre innere Politik nach ihren Bedürfnissen einstellen, ist nicht nur unnötig, sondern müßte auch für uns und jene die verhängnisvollsten Folgen haben. Aber Moskau hat es verlangt, und die K.P.D. hat es zum Angelpunkt ihrer Politik gemacht.

Daß Moskau andre Bedürfnisse hat als das deutsche Proletariat, ja selbst als die K.P.D., das zeigt sich schon, als das Moskauer Exekutivkomitee trotz des Widerstandes der K.P.D. die K.P.D. als sympathisierende Partei anerkannte. Jene Partei, die zu einer Zeit, als die K.P.D. noch offen von der Putzpolitik abtrat, bewußt auf den Putz hinarbeitete, jene Partei, auf deren Schuldkonto viel von den traurigen Vorfällen zu setzen ist, für die selbst die K.P.D. die Verantwortung ablehnen zu müssen glaubt. Die Moskauer Machthaber wollten eben, daß die Revolution in Deutschland losgehe, wann es ihnen passe. Um dieses Ziel zu erreichen, mußten sie das letzte Hemmnis innerhalb der K.P.D. selbst beseitigen — und das waren jene Männer, die sich trotz ihrer prinzipiellen Unterwerfung unter Moskau doch noch eine gewisse Selbständigkeit des Denkens und einen Blick für die politischen Notwendigkeiten bewahrt hatten. Es ist heute nicht mehr daran zu zweifeln, daß ein inniger Zusammenhang zwischen diesem Rücktritt und dem baldigen Ausbruch des Putzes besteht. Und ebenso zweifellos besteht ein inniger Zusammenhang zwischen dem Putz von heute und der kritischen Situation Russlands vor einigen Wochen. So kam auch von außen der Anstoß zum Loschlagen, und da auch die verfehlte innere Politik der K.P.D. unentwegt auf dieses Ziel lossteuerte, so war die „revolutionäre Situation“ gegeben, der Tanz konnte losgehen.

So heißt wir stets für die revolutionäre Sache eintreten und die Interessen des Proletariats verteidigen, mit den Privatinteressen und Bedürfnissen der russischen und deutschen Kommunisten sollen und können wir nichts zu tun haben. wollen wir nicht eben die revolutionären Interessen des Proletariats versaten. Wir haben von Anfang an die verfehlte Politik der Kommunisten bekämpft. Wir haben warnend gezeigt, wohin sie führen müsse, und nun, da ihre Saat ausgegangen ist, sie ihre Anhänger in einen Kampf hineingetrieben haben, dessen unglücklichen Ausgang jedes Kind vorausagen konnte, können wir unmöglich unsre Kräfte und die des Proletariats für eine Sache einsetzen, die das Ergebnis einer bis zum Verbrechen verfehlten Politik ist und deren Ergebnis deshalb eine vollständige Niederlage sein muß.

Sollte es aber immer noch Arbeiter geben, die diese unsre Politik nicht verstehen, die es nicht begreifen können, daß wir den kommunistischen Arbeitern Mitteldeutschlands, die doch trotz allem unsre Brüder sind, in ihrem Kampfe nicht beistehen, die auf den Kapp-Butz hinweisen, wo wir doch teilweise mit den Waffen in der Hand zusammenstanden, um die Reaktion abzuwehren, so muß klar und deutlich gesagt werden: Heute ist die Situation glücklicherweise noch nicht so weit wie damals. Wohl wissen wir, daß die Reaktion sich offen bewaffnet, immer herausfordernder auftritt und den Tag herbeiführt, wo sie die offene Gewalt an sich reißen kann. Wenn sie diesen Tag bisher noch nicht gekommen sah,

so ist das unsrer Politik und der immer noch imponierenden Macht der Arbeiterschaft zu verdanken; wenn aber heute die höchste Gefahr besteht, daß dieser Tag anbricht, so ist gerade die Wahnsinnspolitik der Kommunisten daran schuld, die mutwillig diese Gefahr heraufbeschworen haben, deren Waffengeheiß die Waffen der Reaktion erklingen macht. Willen wir hinein in den Blätterwald der Reaktion von der Deutschen Zeitung bis zum Berliner Tageblatt: wie ein frohes Ahnen geht es durch ihn, daß die Zeiten heraufzudämmern scheinen, wo die gepanzerte Faust wieder zum Retter des Vaterlandes wird. Schon hat — gegen den Willen der preussischen Regierung, die darob anscheinend in Konflikt mit der Reichsregierung geriet — Reichswehr in den Kampf eingegriffen, ja es treten schon offen reaktionäre Ordeschuppen auf, wie die berüchtigten württembergischen Verkehrstruppen, schon werden im Kampfgebiet „außerordentliche Gerichte“ eingesetzt, deren reaktionäres Wirken aus den Rapptagen her noch in aller Erinnerung ist.

Unter diesen Umständen muß unsre Sprache ebenso deutlich nach rechts wie nach links gerichtet sein. Sollte die kommunistische Putzpolitik tatsächlich die reaktionäre Situation heraufbeschwören, dann dürfen die Drahtzieher der Reaktion darüber nicht im unklaren gelassen werden, daß die Arbeiter, die heute noch keinen Anlaß sehen, in den Kampf einzugreifen, genau so wie vor einem Jahre wie ein Mann aufstehen und die drohende Gefahr abwehren werden. Das Proletariat darf heute weniger denn je die Augen vor dieser Gefahr verschließen, es hat Gewehr bei Fuß dazustehen, um ihr gegebenenfalls entgegenzutreten zu können. Am besten aber kann ihr die Spitze abgebrochen werden, wenn der Kampf so rasch und unblutig als möglich abgebrochen wird, wozu alle politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen durch eine Vermittlung zwischen den kämpfenden Parteien beizutragen die Pflicht haben.

Ruhe in Sachsen.

Teilstreiks in den Bornaer und Delsniger Kohlenrevieren.

Teilstreiks in den Bornaer- und Delsniger Kohlenrevieren.
Borna, 20. März. Unter dem kommunistischen Druck beginnt es jetzt auch im Bornaer Braunkohlenrevier zu gären. Heute morgen stellten auf zwei Gruben die Belegschaften die Arbeit ein. Die Landespolizei hat den Bezirk besetzt.

Delsnig, 1. E., 30. März. Auf kommunistische Veranlassung hin ist am Dienstag eine große Anzahl Bergarbeiter in Delsnig im Erzgebirge in den Ausstand getreten. Auf dem Bergbauamt und dem Hedwig-Schacht in Delsnig ruht die Arbeit völlig, während auf den Zechen Gotteshilfe in Lugau und Deutschland in Delsnig gearbeitet wird. Auf den andern Schächten des Kohlengebietes fehlen nur wenige Leute.

Dresden, 30. März. In der Glasfabrik der Aktiengesellschaft vorm. Siemens in Dresden ist am Dienstag ein Ausstand ausgebrochen. Etwa 600 Arbeiter sind gleich früh in den Streik getreten mit der Erklärung, in Sachsen sei der Generalstreik ausgebrochen. Ein Teil der Arbeiterschaft und die Angestellten arbeiten jedoch weiter. In Mügeln-Heidenau haben die Arbeiter am Dienstagmittag den Generalstreik beschlossen. In verschiedenen Fabriken wurde darauf die Arbeit niedergelegt. Wie weit sich der Ausstand ausbreiten wird, läßt sich erst in den nächsten Tagen übersehen, da am gestrigen sogenannten dritten Feiertage allem Fortkommen gemäß in verschiedenen Fabriken nicht gearbeitet wurde.

Die Kommunistenverhaftungen in Dresden.

Aus Dresden wird gemeldet: Der sächsischen Regierung waren zuverlässige Mitteilungen zugegangen, daß die mitteldeutsche Ausstandsbewegung auf den Freistaat Sachsen abgesehen werden solle mit dem Ziel des Umsturzes der Verfassung. Bei einer Beratung über die letzten Vorbereitungen verhaftete die Dresdener Polizei in der Nacht zum Dienstag in verschiedenen Wohnhäusern 92 Personen, darunter 14 Frauen. Tugendwelche Zwischenfälle ereigneten sich dabei nicht. Die Putzisten wurden in aller Ruhe festgenommen und auf Lastautos zur Polizei gebracht. Es befinden sich unter ihnen die beiden Brüder Lewinsohn, die in der kommunistischen Bewegung Sachsens eine große Rolle spielen, ferner der Kommunist Heine mann, der vor zwei Jahren wegen Teilnahme an der Ermordung des Kriegsministers Keuring angeklagt, aber freigesprochen worden war, sowie der Anarchist Biederbeck. Man darf annehmen, daß mit der überraschenden Verhaftung dieser 92 Personen der geplante Putz im Entstehen verhindert worden ist. Aus dem aufgefundenen Material geht hervor, daß schwere Terrorakte geplant waren. Entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen sind getroffen worden. Das erscheint um so notwendiger, als die kommunistische Arbeiterpartei an vielen Häusern, Zäunen usw. Zettel mit der Aufforderung angeklebt hat, den „mitteldeutschen Brüdern“ zu helfen. In daselbe Horn bläst auch der Chemiker Kämpfer, das Hauptorgan der sächsischen Kommunisten. Er fordert, daß kein Transport von Truppen, von Waffen oder Munition von Sachsen nach Mitteldeutschland gefahren dürfe, daß jeder Militärzug kontrolliert und auf den Straßen nach Mitteldeutschland angehalten werden müsse. Es gelte, den mitteldeutschen Arbeitern in lätiger Solidartät beizustehen und sie vor den Schlägen der Unternehmer und ihrer Wordbanden zu schützen. Die Arbeiter werden aufgefordert, sich „bereit zur Tat“ zu halten.

1921 17 - 64